

Die kapitalistische »Gesellschaft (ist) kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus« (Marx) – und in diesen Umwandlungsprozess gilt es einzugreifen.

Die Linke hat in den zurückliegenden Jahren vielfältige Analysen des globalen Kapitalismus und seiner sozialen Kämpfe vorgelegt. Auf der internationalen Konferenz »KAPITALISMUS RELOADED« (Berlin 2005) ist es gelungen, unterschiedliche Befunde und Zeitdiagnosen aufeinander zu beziehen und die gegenseitige Kenntnisnahme der Diskussionen zu befördern. Wie ist das Verhältnis von Politik und Ökonomie, von nationalstaatlichen Ressourcen und sich internationalisierenden ökonomischen Strukturen in der gegenwärtigen Welt(un)ordnung beschaffen? Welche Bedeutung haben die Umbrüche in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen insbesondere im Hinblick auf neue betriebliche Herrschaftsverhältnisse? Worin ist die ideologische Mächtigkeit des Neoliberalismus bezogen auf Subjektivitäten, Denkformen und Lebensweisen begründet und wo zeigen sich Risse in der neoliberalen Hegemonie?

Mit Beiträgen von:

Giovanni Arrighi, Andreas Boes, Alex Callinicos, Mario Candeias, Hyekyung Cho, Frank Deppe, Rolf Geffken, Peter Gowan, Rosemary Hennessy, Stefanie Hürtgen, Tobias Kämpf, Christina Kaindl, Hans Jürgen Krysmanski, Christoph Lieber, Ingo Malcher, Kees van der Pijl, Dieter Plehwe, Rainer Rilling, Frank Unger und Bernhard Walpen

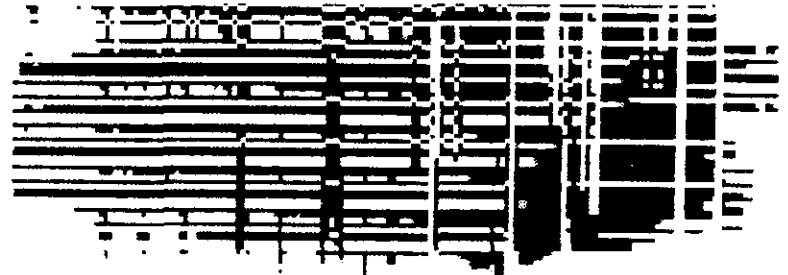
Der Kongress KAPITALISMUS RELOADED wurde getragen von Zeitschriftenprojekten wie PROKLA, Das Argument, Sozialismus, Sand im Getriebe, Z., analyse & kritik, Soz, Fantomas, Arranca; von politischen Gruppen wie Attac, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO, Kritik & Praxis Berlin, FeLS, Linksruck; von wissenschaftspolitischen Organisationen wie Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, BdWi, WISSENTransfer; und schließlich Stiftungen wie Rosa Luxemburg, Helle Panke, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung, Hans Böckler Stiftung.

ISBN 978-3-89965-181-2

www.vsa-verlag.de

Giovanni Arrighi u.a.

KAPITALISMUS RELOADED



**Kontroversen zu Imperialismus,
Empire und Hegemonie**

VSA

- die Sozialdemokraten? (Antwort auf die gegen die Marxisten gerichteten Artikel des »Russkoje Bogatstwo«), in: W.I. Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin (DDR) 1971
- Lenin, Wladimir I. (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, in: W.I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin (DDR) 1972
- Mabey, N. (1999): Defending the Legacy of Rio: The Civil Society Campaign Against the MAI, in: S. Picciotto/R. Mayne (Hrsg.), *Regulating International Business. Beyond Liberalization*, Basingstoke
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf 1857/58), Berlin (DDR) 1953
- Marx, Karl: Das Kapital. Dritter Band, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 25, Berlin (DDR) 1971
- McRae, Hamish (2006): Power is shifting away from governments. Politicians now have to take into account the reaction of the global business community, in: *The Independent*, 22. November, S. 35
- Merk, Jeroen (2004): Regulating the Global Athletic Footwear Industry: the Collective Worker in the Product Chain, in: K. van der Pijl/L. Assassi/Duncan Wigan (Hrsg.), *Global Regulation. Managing Crises After the Imperial Turn*, Basingstoke
- Rischar, J.F. (2002): High Noon. 20 Global Issues, 20 Years to Solve Them, Oxford
- Ritsert, Jürgen (1973): Probleme politisch-ökonomischer Theoriebildung, Frankfurt/M
- Rufin, Jean-Christophe (1991): *L'empire et les nouveaux barbares*, Paris
- Rupert, Mark (2000): *Ideologies of Globalization. Contending visions of a New World Order*, London
- Van der Pijl, Kees (1976): *Vordenker der Weltpolitik*, Übers. W. Linsewski, Opladen
- Van der Pijl, Kees (1998): *Transnational Classes and International Relations*, London
- Van der Pijl, Kees (2006): *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*, London/New Delhi
- Vernon, Raymond (1973): *Sovereignty at Bay. The Multinational Spread of US Enterprises*, Harmondsworth

Rainer Rilling Imperialität

1. Aufstieg und Niedergang

Die lange stillgestellte Bezeichnung »Empire« wurde Mitte der 1990er wieder gefunden und breitete sich zunächst langsam in einigen aufgestiegenen rechten *fringe groups* der herrschenden politischen Klasse der USA und ihres Anhangs aus. Nach dem 9/11-Anschlag explodierte dann förmlich die Rede vom Imperium, wanderte in den Mainstream der Politik und Wissenschaft ein und hielt sich dort als legitimer und akzeptierter (jedoch nicht dominierender) Begriff erstaunlich lange, bis dieser dann um 2006 seine Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit langsam verlor. In dieser Zeit thematisierten in den zentralen Medien und den Studienwelten der Wissenschaft wohl ein paar zehntausend Beiträge die komplizierte Frage, wie man empirisch und begrifflich eine Supermacht fasst, die mehr ist als eine Supermacht. Eine tonangebende Antwort gab die *New York Times* am 2. April 2002: »Today, America is no mere superpower or hegemon but a full-blown empire in the Roman and British sense.« Ein »Gorilla unter den geopolitischen Bezeichnungen« (so der *Guardian* am 18.9.2002) wurde gebraucht und gefunden: eben das Imperium. Die Linke übrigens hat sich kaum auf das Neuland der plötzlichen Rede vom Empire gewagt, sieht man von der ungeliebten Ausnahme des spektakulären Entwurfs von Michael Hardt und Antonio Negri ab.¹ Sie hat es dabei belassen, seit geraumer Zeit an einem neuen, tragfähigen Verständnis einer ihr seit einem Jahrhundert vertrauten Theorie und Begrifflichkeit (der des Imperialismus) zu arbeiten, und konzentrierte sich dabei – ebenso solide wie nicht selten sehr behäbig – in aller Regel auf die politische Ökonomie und die Frage nach der Bestimmung der postfordistischen Situation.²

¹ Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire*, Cambridge 2000 (dt. *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/New York 2002).

² Eine seltene Ausnahme ist das pfadtheoretische Herangehen in: Dieter Klein (Hrsg.): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung*, Manuskripte 38, Berlin 2003.

2. Absagen

Von einem Empire (Imperium, Reich) zu sprechen, blieb bis Anfang der 1990er Jahre in neuerer Zeit Historikern überlassen, die sich mit den Imperien des Landeigentums mit starkem Staat (Rom, China), des Handels (arabische Reiche, Venedig, Holland, Spanien) und des imperialistischen Kapitalismus (britisches Imperium, französisches Kolonialimperium oder das »Kontinentalreich« des deutschen Faschismus) befassten. Ellen Meiksins Wood hat gegen die übliche Gleichsetzung des römischen und der britischen bzw. US-amerikanischen Imperien darauf beharrt, nach Maßgabe der Eigentumsverfassung an solchen grundlegend voneinander unterschiedenen Typen von Imperien festzuhalten.³ Wer heute von Imperien spricht, muss auch nach ihrer kapitalistischen Spezifik und nach den Spezifika des Kapitalistischen fragen, die sich in ihnen zusammenfassen. Jenseits dieser Basisdifferenz der politischen Ökonomie von Imperialität spielt aber in den historischen Zugriffen auf das Reich seit jeher das Merkmal der Ausdehnung zunächst in erster Linie direkter politisch-militärischer und rechtlich-formalisierter, dann vor allem auch ökonomischer Herrschaft im Raum die allein ausschlaggebende Rolle dafür, dass von einem Imperium gesprochen wurde. Von Imperien zu reden und vom Raum zu schweigen, macht tatsächlich keinen Sinn. Unter einem Imperium wurden daher lange Zeit Kolonial- und Territorialreiche verstanden, die einen hohen Anteil direkter und zudem gewaltförmiger Herrschaftsausübung (»Zwang«) aufwiesen. Mit dem Verschwinden solch evidenter wie expliziter Kolonialimperien und der Praxen territorialdiktatorischer Okkupation ist für viele das Zeitalter der Imperien endgültig zu Ende gegangen. Sie schließen daher auch aus, dass komplexere Einflussordnungen, die ihre Herrschaft im Raum (zeitgemäßer formuliert: in kapitalistischen Großräumen) auch oder vorrangig informell und indirekt ausüben bzw. das Mittel der Gewaltausübung weitgehend zurückhalten zugunsten der Mobilisierung von Zustimmung (Konsens), noch als Empire bezeichnet werden können, und betonen, dass hierfür der Hegemoniebegriff adäquater sei. Vor allem die USA gelten als Streitfall. Häufig wurde daher von ihrer Hegemonie oder Dominanz im internationalen System gesprochen.

³ Ellen Meiksins Wood: *Empire of Capital*, London/New York 2003.

3. American Empire

Tatsächlich aber haben gerade die USA das Muster indirekter Einflussnahme und informeller Durchdringung anderer Staaten und Mächte zum zentralen Merkmal einer modernen imperialen Ordnung entwickelt. Ihre Geschichte kann auch geschrieben werden als Geschichte einer Expansion, die vier große Konstellationen durchlief.

Im Zentrum der ersten Konstellation stand die Zeit der inneren Landnahme des amerikanischen Kontinents, welche politische Mission (»Freiheit«), geopolitische Aspiration (kontinentale – nicht koloniale! – Expansion) und *land grabbing* eng verknüpfte. Es entstanden eine kontinentale Ökonomie und der größte Binnenmarkt der Welt, der territoriale Aneignungen jenseits Nordamerikas völlig unnötig machte – die USA waren in diesem Sinne schon ein Territorialimperium. Von Imperium wurde daher damals nicht sonderlich gesprochen – aber in der Geschichte der USA waren die Bildung der Nation und die Bildung eines Empires eng miteinander verknüpft.⁴ Die USA wurden auf der Grundlage dieser massiven geographischen Machtbasis und der Demobilisierung der anderen Klassen um die Jahrhundertwende eine große Macht »more or less without a formal empire.«⁵ Sie waren auf dem Spielfeld globaler Akteure angekommen, aber noch weit davon entfernt, es dominieren zu können. Territorialpolitisch entwickelte sich jedoch Ende des vorletzten Jahrhunderts mit der Schließung der kontinentalen wie globalen Grenzen für die herrschende Klasse in den USA eine grundsätzliche Problemsituation. Die innere Landnahme war beendet, eine äußere Landnahme jedoch riskant, wenn nicht unmöglich. Wie also eine kapitalistische Ausdehnung fortsetzen, die nicht bloß ökonomisch geboten war, sondern auch stark ideenpolitisch begleitet wurde durch die Idee der sich unaufhörlich ausdehnenden Grenze und den Gedanken des gottgegebenen amerikanischen Exzeptionalismus? Die Expansion des amerikanischen Kapitalismus erforderte daher eine neue geopolitische und -geökonomische Strategie. Eine eigene US-amerikanische Konstellation der ökonomischen Ausdehnung jenseits des dominierenden europäischen territorial- und kolonialimperialen Modells musste entwickelt und damit das alte Verhältnis von Geopolitik und Geoökonomie revidiert werden. Diese neue Geographie des

⁴ Amy Kaplan: *The Anarchy of Empire in the Making of US Culture*, Cambridge 2002.

⁵ Simon Bromley: *Reflections on Empire, Imperialism and United States Hegemony*, in: *Historical Materialism*, 11(3), Leiden 2003, S. 19.

Imperialismus wurde das zentrale Thema der nun entstehenden auswärtigen Politik der USA.

An die Stelle unmittelbarer territorialer Einverleibung, direkter Koloniekonstruktion und formaler, zumeist mit rassistischen oder ethnographischen Referenzen operierender Herrschaft (»Eingeborenenpolitik«) trat ein anderer strategischer Ansatz, dessen Schlüsselidee die Politik der *Open Door* war, also die Öffnung der ökonomischen und juristischen Ordnungen und damit der Zugang zu den Märkten und Rohmaterialien der Welt für das amerikanische Kapital und die Möglichkeit, der genuin ideologischen Mission der Verbreitung einer spezifisch amerikanischen Variante des Liberalismus nachzukommen.⁶ Im Mittelpunkt eines von den USA kontrollierten »Großraums«⁷ stand der Gedanke der Raumbheit, der an die Stelle der Vorstellung einverleibender Besetzung trat. Eine ganze Skala von Praxen aufschließender indirekter Kontrolle entstand im Zeichen dieses Konzepts, ging es hier doch nun darum, Länder und Territorien zugänglich und durchlässig zu machen für private Macht und die Macht des Privaten und damit für das private Eigentum an den Mitteln der Produktion. Die Welt musste nicht amerikanisch sein, aber offen für amerikanische Produkte, Investitionen und Ideologien. Offenheit war die Gewährleistung für die Ausbildung der Tradition kontinuierlicher Machtsteigerung. Grenzen in dieser Welt waren dazu da, überwunden zu werden – zu Recht ist das Thema der ständig neuen Grenzüberschreitung (»*next frontier*«) als Kern der amerikanischen politischen Kultur der Expansion charakterisiert worden. Der spezifische Modus der *Open Door*-Politik war also nicht die Eroberung und direkte Kontrolle von Territorien, sondern der Aufbau einer Ordnung informeller, nicht-territorialer Herrschaft, ermöglicht durch *access* – eine klare Differenz zum dominanten Modus der klassischen europäischen Kolonialimperien. Werden die USA also seitdem als *Empire* gedacht, dann müssen sie als »*nonterritorial empire*«⁸ gedacht werden. Nichtterritoriale Imperien wie die USA haben das Ziel der Kontrolle des Raums und eben nicht der Annexion von Territorien (im

⁶ Die klassische Studie zur Frage der *Open Door* und des *American Way of Expansionism* ist William Appleman Williams: *The Tragedy of American Diplomacy*, New York 1962.

⁷ S. Neil Smith: *The Endgame of Globalization*, New York/London 2005. Zum »amerikanischen Lebensraum« s. ders., *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*, California 2003 sowie Peter Gowan: *American Lebensraum*, in: *New Left Review*, 30 (2004), S. 155-164.

⁸ Bruce Cumings: *Is America an Imperial Power*, in: *Current History*, Nov. 2003.

Sinne von Einverleibung) und der Überwältigung territorial basierter Souveränität (im Sinne der Okkupation). Die USA waren, nach der Bildung ihrer kontinentalen Form, nie ein Territorialimperium, auch wenn sie einige Territorien besetzt halten, um ihr nicht-territoriales *Empire* zu sichern. Zugleich aber waren die kontinentalen Grenzen des Nationalstaates USA nicht die Grenzen des Imperialstaates USA.⁹ Um territoriale Grenzziehungen, die für klassische Landimperien eine zentrale Rolle spielten, ging es dann nicht mehr. Es ging um Grenzen, die ein *Glacis* gegen Feinde umrissen; es ging um Zonen der Aneignung, in denen Nachbarn *Tribute* entrichteten und Strukturen ökonomischer Ungleichheit und damit Ausbeutung reproduziert wurden; es ging um jene Grenzfronten, die ausgreifend Machtkonkurrenten (oder deren Entstehung) konterkarierten. Zum imperialen Rand des amerikanischen Machtprojekts gehörte das ganze Vokabular dieser postterritorialen Grenzen der Einflussnahme, Kontrolle, Machtprojektion und fluiden Präsenz. Diese grundsätzliche Dimension der Konfrontation reflektiert nicht nur die strukturelle Instabilität imperialer Grenzprojekte, sondern auch die andere ständige Begleiterin der Imperien: die Unruhe und den Widerstand in ihrem Inneren. In der Geschichte des *American Empire* entstanden häufig solche Kontrollhybride und Zwischenformen: nicht-inkorporierte Territorien oder protektoratsähnliche Arrangements wie das »*Platt-Amendment*«, das dem Modell der britischen Herrschaft über Ägypten entnommen war und seinerseits als Modell für Haiti, die Dominikanische Republik und Nikaragua diente. Expansion und Reproduktion von Imperialität realisieren sich dabei über eine instabile Dialektik von Inklusion und Exklusion.

Die Typen der territorialen und nichtterritorialen Imperialität existieren historisch nebeneinander, gingen ineinander über oder bildeten hybride Formen – und es gab keine »Gesetzmäßigkeit«, wonach die eine Form auf die andere folgt, und alle großen kapitalistischen Staaten praktizierten in ihrer Geschichte diese Formen, oftmals zeitgleich. Neben der Sowjetunion als »*the world's first post-imperial state*«¹⁰ war es diese amerikanische

⁹ Die Ausdehnung des Imperialstaates USA brachte immer neu die Neudefinition der Grenzen des Nationalstaates USA mit sich. Heute etwa entsteht eine digitale Festung USA, die jeden Flug- und Schiffstransfer von Menschen in die USA noch weit von ihren Grenzen entfernt identifiziert, kontrolliert und im Zweifel verhindert. 2006 setzten sie diese neue Grenzziehung im transatlantischen Flugverkehr gegen den Willen europäischer Staaten durch.

¹⁰ Terry Martin: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca 2001, S. 19.

Form der nichtterritorialen Imperialität, welche als die nachhaltigen ausgreifenden Ordnungsformen des letzten Jahrhunderts gelten können. Die wesentliche Form der Imperialität in der Gegenwart ist die nichtterritoriale des informellen Empire, bei der die Kapitallogik über die Territoriallogik triumphiert.

Kräftepolitisch erhielt dieser zweite expansionspolitische Ansatz seinen stärksten Schub durch das Zerbrechen der dominanten Rolle Englands im Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Es verlor seine Fähigkeit, das Zentrum des Weltkapitalismus zu sein, und es verlor seine Kraft, die Kräfteverhältnisse im politisch zentralen Kontinent Europa hegemonial zu regulieren, sukzessive an die USA. Unmittelbar nach Kriegsende war die Pariser Friedenskonferenz 1918 der Schauplatz für die Inszenierung der neuen, nunmehr deutlich über den nord- und südamerikanischen Kontinent hinausgreifenden Ambition der USA durch ihren Präsidenten Woodrow Wilson, der für eine »post-territoriale« Alternative (Smith) optierte. Er dachte nicht mehr in der Vision einer USA als Kolonialmacht. Sein Ziel war der Übergang von einer geopolitisch (territorial) zu einer geoökonomisch ansetzenden Politik und Ordnung. Die profitable Eroberung von Märkten und Aneignung von Ressourcen sollten möglich sein ohne riskante und kostspielige Invasionen und Okkupationen. Es ging nicht um Kolonien, sondern um Märkte; »Kolonisierung« sollte nicht territorial durch militärische Intervention, sondern ökonomisch durch marktvermittelte Regulation geschehen; die ursprünglich auf Asien abzielende »Open-Door-Politik« sollte dem amerikanischen Kapital die ganze Welt erschließen; die auf die westliche Hemisphäre zielende, also regionale Monroe-Doktrin sollte nun »as the doctrine of the world« globalisiert werden und die USA sollten »the leadership of the world« (Wilson) beanspruchen.¹¹ Der »liberale Internationalismus« Wilsons war die erste präsidiale Vision eines globalen Amerikanismus.

Die zweite Konstellation einer politischen Innovation setzte also zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein, hatte ihren ersten expliziten Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg und wurde dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von einer dritten Konstellation abgelöst, die bis 1989/91 dauerte. Die Zeit der 1930er Jahre und dann des Zweiten Weltkrieges war auch eine Phase eines reflexiven Moments bei der Erfindung des neuen Hegemons des 20. Jahrhunderts. Der neue Typus von Imperialität unterschied sich immer

¹¹ Zitiert nach Smith, *Endgame...*, a.a.O., S. 73. Smith formuliert: »Wilson wanted the world, and he wanted it made in America.« (S. 75)

deutlicher von einem Modus der kolonial-territorial orientierten Expansion, wie er für den klassischen formellen Imperialismus und auch für das militaristisch-terroristische Projekt des faschistischen »Reichs« dieser Zeit typisch war – einer Zeit, in der gleichsam darüber entschieden wurde, welches imperiale Projekt die folgenden Jahrzehnte dominieren sollte. Insofern ist die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts auch von einem neuen »dreißigjährigen Krieg« zwischen den USA und Deutschland um die Nachfolge Englands als dominierende Macht gekennzeichnet gewesen, den die USA gewonnen haben. Dabei muss gesehen werden, dass mittlerweile mit der Sowjetunion ein anderes Projekt großräumlicher Neugestaltung aufgestiegen war, das den Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich explizit als postimperial und daher antiimperial(istisch) verstand und etikettierte – dabei aber zugleich (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) als zentralistisches, informelles Empire agierte. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des Zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten somit drei imperiale Projekte mit globalem Anspruch. Knapp ein halbes Jahrhundert später war diese Konkurrenz entschieden. Für die USA ging es in dieser Zeit um die Durchsetzung des »american century« (Henry Luce) und die Sicherung der »pax americana«.¹² Sie akzentuierten sich dabei nach Kriegsende als ein neuer Typus von Imperialität,

- der nicht mehr dominiert wurde von einem formellen sondern von einem informellen Empire,
- der nicht nur eine tiefe Differenz zwischen einem neuen »Zentrum« und einer neuen »Peripherie« aufgriff oder schuf, reproduzierte, vertiefte oder minderte, also zu einem global ansetzenden Grenzmanagement neuer Art imstande war, das im Kern auf der außerordentlichen militärischen Macht der Vereinigten Staaten gründete, sondern
- der dann auch eine neue Hierarchie im Staatensystem des »Kerns« durchsetzte (»If the United States is an empire, it is largely an informal one. The segments of the American imperium are sovereign states, and the scope of American political control is much less than that of the great historical empires.«)¹³ und einen von ihr dominierten multilateralen »pervasiven Überbau« (Gowan) schuf, der diese »Segmente« arrangierte und kontrollierte. Das wirkliche American Empire umfasst danach das nördliche

¹² Susan Strange: *Pax Americana*, in: *International Affairs*, 4/1950, S. 534f.

¹³ Daniel Nexon/Thomas Wright: *Taking American Empire Seriously*, Papier für die 5. Pan-Europäische Konferenz, Den Haag 2004, S. 42.

Zentrum der kapitalistischen Industriestaaten (Europa, USA, Canada, Japan sowie Australien/Neuseeland als »Kern«) und seine »Sicherheitsgemeinschaft« als eine Zone des »imperialen Friedens«¹⁴ oder des »protective imperialism«,¹⁵ demgegenüber, wie Peter Gowan aus linker Sicht zu Recht feststellt, die Beziehungen zur Peripherie »were of small significance in comparison with the enormous, unprecedented significance of the protectorate empire over the core«;¹⁶

- und der endlich nicht mehr einfach nur die Interessen einer Großmacht repräsentierte, sondern auf die Produktion von Weltordnung aus war, für deren Gestaltung die USA ein eigenes Entwicklungsprojekt entwickelte.

Es war der Beginn der Grundlegung einer neuen amerikanischen Weltordnung, eines Projekts also, das erstmals auf die Durchsetzung und Sicherung eines Akkumulationsprozesses im Maßstab eines neu globalisierten (aber nicht planetaren) Globalkapitalismus abzielte und in dem das amerikanische Kapital seine Interesse auch definierte als Repräsentanz dieses Kapitalismus (gegen den neuen sowjetischen Staatenblock bzw. zunehmend auch gegen widerständige oder nur schwer integrierbare Länder der Peripherie). In grundlegender Sicht war dies ein Versuch, den tiefgehenden Widerspruch von politisch-ökonomischer Fragmentierung und Weltmarktinterpenetration dadurch zu bearbeiten, dass diese Verbindungen und Austauschbeziehungen zwischen den Kapitalismen unter amerikanischem Vorzeichen verstärkt und innere politische Widersprüche im Zeichen des neuen Widerspruchs zum entstehenden realsozialistischen Block »gemanagt« wurden. Gelöst wird dieser Widerspruch zwischen transnationaler Integration und politischer Fragmentierung dadurch nicht.

Die USA dehnten in der Nachkriegszeit die räumliche Dimension ihrer Interessen ins Globale aus; sie erschütterten die Finanzmacht der City of London und arbeiteten dem Zerfall des Kolonialsystems der altimperialen europäischen Mächte zu, um es im Zeichen der »Entwicklung« für die Aktivität ihres eigenen Kapitals zugänglich zu machen – William Appleman Williams sprach folgerichtig vom »imperialen Antikolonialismus«, der die

¹⁴ Tarak Barkawi/Mark Laffey: Retrieving the Imperial: Empire and International Relations, in: Millennium, 1/2002, S. 109-127.

¹⁵ Samuel Flagg Bemis: The Latin American Policy of the United States: An Historical Interpretation, New York 1943, S. 202-226.

¹⁶ Peter Gowan: Empire as Superstructure, in: Security Dialogue, 2/2004, S. 259; dort auch die sehr weitgehende Formulierung: »The entire advanced capitalist world was turned into the single sphere of influence of the USA.«

soziale und räumlich ungleiche Dynamik der kapitalistischen Entwicklung in miteinander verknüpften Diskursen und Praxen der Berechtigung und Kontrolle bearbeitete; sie schufen eine internationale Ordnung, die ihren Interessen förderlich war; die Entwicklung und Durchsetzung ihres fordistischen *Empire of Production* (Maier)¹⁷ intensivierte sich: sie kontrollierten das ökonomische, militärisch-politische, technische und vor allem das finanzielle System; das US-Schatzamt und das Außenministerium arbeiteten das Grunddesign der Schlüsselinstitutionen des fordistischen Nachkriegskapitalismus (Weltbank, IMF, GATT [WTO] und UN) aus und entwickelten die Blaupause einer neuen Staatsstruktur, welche zahlreiche Umbauten der Staaten selbst einschloss und eine handhabbare Ordnung der Eigentumsrechte garantierte; sie bauten eine bis heute unbestrittene Hegemonie über die Wissensproduktion auf; sie schufen eine Ordnung regionaler Bündnisse und bestimmten deren geopolitische Orientierung; ihre Bündnispartner waren von ihnen abhängig und erhielten im Tausch eine sozioökonomische und liberale Entwicklungsperspektive, die spektakulär war – schließlich wuchs im Zeichen der US-Dominanz der Welthandel zwischen 1947 und 2000 um das 20fache an und das Weltbruttosozialprodukt nahm um 700% zu.¹⁸ Die Stärkung dieser Länder war verknüpft mit kontinuierlicher osmotischer Einbindung in die US-basierte Kapitalordnung, deren Akteure ihre ökonomische, soziale wie politische Machtbasis in den verbündeten kapitalistischen Allianzstaaten ausweiteten. Dies war die machtpolitische Voraussetzung dafür, dass die Kapitaleliten dieser Allianzstaaten (in erster Linie im Rahmen der NATO) diese globale Perspektive als äußerst nützlich Element der Sicherung ihrer eigenen Reproduktionsinteressen reflektierten und zugleich akzeptierten, dass dies einen Wechsel zu einem nichtkapitalistischen, sich auf die UdSSR orientierenden System ausschloss – dies war die absolute Schranke des geopolitischen Arrangements; und eigene imperiale Projekte waren aussichtslos und stießen auf harten Widerstand der USA. Daher überdauerte diese letztlich unipolare und asymmetrische »Nabe-Speiche-Struktur« (Gowan) auch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Die USA bauten eine Nuklear-, Luft- und Schiffsmacht auf, die sie weltweit militärisch interventionsfähig machte und eingekleidet war in fast 100 größere Militärverträge und Sicherheitsabkommen; Hiroshima war der »big bang

¹⁷ Charles S. Maier: Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors, Cambridge 2006.

¹⁸ Siehe Financial Times v. 23.4.2003.

of *American Empire*« (Maier); sie operierten multilateral in Europa, bilateral in Asien und unilateral, wo es notwendig und möglich schien; Westeuropa und Lateinamerika, Ostasien und das südliche Asien, der Nahe Osten und Afrika transformierten zur »Freien Welt« – also zur Sicherheitszone des amerikanisch dominierten Kapitalismus; wenn die USA im Sicherheitsrat der UN nach militärischer Aktion riefen, dann wurde dem Ruf bis 2003 gefolgt – und wenn sie ihr widersprachen, dann gab es sie nicht; nicht mehr wie einst »Zivilisierung«, sondern »Entwicklung« und »Modernisierung« waren nun die Leitbegriffe ihrer Weltpolitik und -strategie gegenüber der Dritten Welt (und bei Gefährdung ging es um »Zerstörung«); sie schufen sich eine multilaterale Ordnung und Kultur des Zugangs zunächst in Europa und in den 1980er und 1990er Jahren dann auch in Asien (Japan, Südkorea, dann China); sie propagierten ein Set von Werten mit universellem Geltungsanspruch und agierten erfinderisch auf den Feldern ideologischer und religiöser Konfrontation; nachdem sie zunächst noch unter Roosevelt gleichsam direkt das Projekt der »Einen Welt« (»one-worldism«) verfolgt hatten, konzentrierten sie im Zeichen des »free-worldism« ihre Ressourcen darauf, den nach 1945 in noch größerer Macht entstandenen globalen Rivalen Sowjetunion zu beseitigen, zumal die UN kaum, wie ursprünglich geplant, indirekt als globaler Arm der US-Außenpolitik funktionierte. Diese grundlegende Orientierung war somit keine Reaktion und kein defensiver Reflex, sondern zugleich Ausdruck genuin eigener offensiver Zielformulierung. Der Kalte Krieg, wie er sich in der Regierungsdirektive NSC-68 von 1950 niederschlug, welche eine Verdreifachung des US-Militärbudgets ankündigte, war – in den Worten des Autors der NSC-68 Paul Nitze – eben zugleich der Versuch der »creation of some form of world order compatible with our continued development as the kind of nation we are.«¹⁹

Diese dritte Konstellation war also anders. Die Situation der Konkurrenz großer kapitalistischer Mächte, die Einflusszonen gegeneinander aufstellten, war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorüber. Amerika dominierte und veränderte sich selbst dabei. Das neue Amerika bestand keineswegs mehr nur aus einem Kontinentalkapitalismus, sondern aus einem expansiven Gefüge ökonomischer, politischer und kultureller Bastionen in der Außen-

¹⁹ Paul Nitze: *Coalition Policy and the Concept of World Order*, in: Arnold Wolfers (Hrsg.): *Alliance Policy in the Cold War*, Baltimore 1959. Gowan erinnert an die Studie von Melvyn Leffler: *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, wonach kein amerikanischer Führer daran glaubte, dass die UdSSR einen Angriff auf den Westen plante.

welt, auf das sich sukzessive die Reproduktionsstruktur des amerikanischen Kapitalismus verlagerte. Es gab, wie Charles Bright und Michael Meyer in ihrer Debatte der Frage »Where in the World is America?« vermerkten, daher nicht nur die USA als das territorial fixierte Amerika, sondern auch das Amerika des *Americanism*, in dessen Kern die »amerikanische Partei« (Arrighi) stand und steht: »The postwar American sovereign, built on territories of production, had created vectors along which elements of the U.S. state and American civil society could move off into the world and benefit from the permanent projections of American power overseas... The tools of control – military (the alliance systems and violence), economic (dollar aid and investments), political (the leverage and sanctions of a superpower), and ideological (the image of the United States as leader of the free world) – were tremendously powerful, and the ideological imaginery of the territories of production, with its emphasis on material progress and democracy, proved extraordinarily attractive.«²⁰ Amerikanismus löschte keineswegs die Spezifik der einzelnen Nationalstaaten aus, aber er drang in sie ein, transformierte sie und setzte ihnen neue Grenzen, ohne dass er sie in bloß passive Agenten und Spiegelbilder seiner selbst verwandelte oder ihre relative Autonomie aufhob, die auf das eigenständige Wirken, Konfliktieren und Austarieren der gesellschaftlichen Kräfte innerhalb dieser Staaten reflektierte. Damit hatte der Anreiz zum Replikat des Amerikanismus seine Quellen und aufwändigen Bedingungen – aber er war wirksam. Diese Struktur reflektiert die Schlüsselrolle, welche die USA nach 1945 einnahm: Erstmals konnte ein einzelner bürgerlicher Nationalstaat in großem Rahmen die alte zwischen-imperialistische Konkurrenz eindämmen und eine koordinierende Funktion übernehmen, was zugleich bedeutete, dass die politisch-institutionellen Außenbeziehungen der kapitalistischen Kernstaaten, die sich bislang auf ihre Kolonien und von ihnen regional abhängige Staatenbünde richteten, nun auf die USA umorientiert wurden und die USA selbst dazu beitrugen, dass potenzielle oder sogar reale Weltmarktkonkurrenten wie Japan oder Deutschland gestärkt wurden – ein Vorgang, der jenseits des Horizonts der alten Imperialismustheorie war, die letztlich militärische Konflikte zwischen den konkurrierenden Kapitalismen als unvermeidlich ansah. Hier ging es auch

²⁰ Charles Bright/Michael Meyer: *Where in the World Is America? The History of the United States in the Global Age*, in: Thomas Bender (Hrsg.): *Rethinking American History in a Global Age*, Berkeley 2002, zit. nach Simon Bromley: *Reflections on Empire, Imperialism and United States Hegemony*, in: *Historical Materialism*, 11(3), Leiden 2003, S. 21.

ökonomisch um die »Konstruktion« der kapitalistischen Akkumulation, ihres Raums und politischen Regimes und nicht um die »Extraktion« der kriegsgeschwächten Konkurrenten. Das alte Muster der harten interimperalistischen Rivalität brach zusammen. Kooperation zwischen den kapitalistischen Ländern des Nordens geschah vorweg durch Verhandlung und Koordination, nicht durch Zwang oder Gewalt; Koordination geschah durch den Anreiz zum Replikat des Amerikanismus, der die avancierteste und verallgemeinerungsfähigste Form der kapitalistischen Produktion, Kultur und Ideologie präsentierte und als globaler Pol der Attraktion wirkte und wirkt: ein »*Empire by invitation*«, ²¹ dann ein »*Empire of Production*« oder ein »*Empire of the consumption*« (Maier), das als »*Empire of the fun*« (Reinhold Wagnleitner) funktionierte. Ein Integrations- und Attraktionspol im Übrigen, der sich in der Amerikanisierung Amerikas ständig selbst umbaute.

Die USA waren also nach 1945 nicht nur einfach die größte Macht unter den großen Mächten: sie dominierten zumindest den Kern des kapitalistischen Weltsystems. Durch Verhandlung, Attraktion und Integration entstand eine internationale Ordnung, in deren Zentrum eine transatlantische Allianz zwischen den USA und Europa stand – und in der Amerika zu einer europäischen Macht wurde. ²² Die Ordnung der internationalen Politik außerhalb des sowjetischen Blocks wurde sternförmig neu konfiguriert. Ihr souveränes nationalstaatliches Zentrum waren nun die USA, die ein »informal American Empire« errichteten, das – abgesehen von den staatssozialistischen Ländern – faktisch globalen Charakter hatte und dessen politisch-ökonomisches Zentrum das Kerngefüge entwickelter kapitalistischer Staaten war. ²³ Peter Bender beschreibt die Kontur dieser neuen Ordnung, wie sie sich dann sukzessive herausgebildet hatte: »Es umfasst Europa, soweit die Nato jeweils reichte und reicht, dann die Türkei und Israel, ferner

²¹ Geir Lundestad: *The United States and Europe Since 1945. From »Empire by Invitation« to Transatlantic Drift*, Oxford 2003.

²² S. John Peterson: *America as a European power: the end of empire by integration?*, in: *International Affairs*, 4/2004, S. 613-629.

²³ »Only the American state could arrogate to itself the right to intervene against the sovereignty of other states (which it repeatedly did around the world) and only the American state reserved for itself the »sovereign« right to reject international rules and norms when necessary. It is in this sense that only the American state was actively »imperialist.« Leo Panitch/Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*, in: Leo Panitch/Colin Leys (Hrsg.), *The New Imperial Challenge*, Socialist Register 2004, London 2003 (dt. *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, Hamburg 2004). Gemeint ist hier offensichtlich imperial.

Japan, Südkorea, Taiwan und die Philippinen, nicht zuletzt die Erbschaft des britischen Weltreiches, vor allem Kanada, Australien und Neuseeland. Das American Empire ist, was früher »der Westen« hieß... Während Rom nur sein Imperium beherrschte, reicht Amerikas Macht weit über sein Empire, den »Westen« hinaus. Sie erstreckt sich auf die Länder Lateinamerikas in sehr unterschiedlichem Maß, die Skala reicht von halbkolonialer Herrschaft in der Karibik und Mittelamerika bis zu mehr oder minder dominantem Einfluss im Südteil des Kontinents. Feste Positionen haben die Vereinigten Staaten im Vorderen Orient, in Jordanien, Ägypten, den Golfstaaten und wohl immer noch in Saudi-Arabien, neuerdings Stellungen in Zentralasien und Besatzungsaufgaben in Afghanistan und im Irak. Ihre Flotte ist Herr aller Weltmeere, die zu Highways wurden, über die amerikanische Streitkräfte auf alle Erdteile gelangen können. In 130 Ländern unterhalten die USA rund 750 militärische Niederlassungen. ²⁴ Bender unterscheidet dabei zwischen einem American Empire im engeren und in einem weiteren Sinne: den Ländern des »Westens« (sinnvoll wäre es, von den Kernstaaten (core) der kapitalistischen Ordnung zu sprechen) »garantiert Amerika ihre Sicherheit und erhält dafür ihre feste Loyalität. Fast alle sind ihm als überzeugte, bewährte Demokratien verbunden und bilden, was man das American Empire nennen kann: eine von Washington geführte und dominierte Gemeinschaft, die von amerikanischer Übermacht, von Sicherheitsinteressen und einem gleichen politisch-wirtschaftlichen »System« zusammengehalten wird. In einem weiteren Sinne umfasst American Empire viele Staaten auf fast allen Erdteilen... Dieser äußere Kreis wird nicht durch Überzeugungen, sondern durch Interessen zusammengehalten. Seine Mitglieder sind größtenteils wirtschaftlich und technisch mehr oder minder auf Amerika angewiesen; viele verkauften militärische Stützpunkte, manche brauchen Rückhalt gegen ihre Nachbarn und Feinde. Während der innere Kreis des Empire von festen Bindungen lebt, sind diese Interessen meist flüchtig und können sich schnell ändern.« ²⁵ Zur letztgenannten Kategorie gehörten etwa die zentralasiatischen Länder, wo

²⁴ Peter Bender: *Vom Nutzen und Nachteil des Imperiums. Über römische und amerikanische Weltherrschaft*, in: *Merkur*, 6/2004, S. 486, 487f. Fast gleichlautend in Peter Bender: *Imperium als Mission. Rom und Amerika im Vergleich*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2005, S. 854f., wo er noch die südostasiatischen Länder Thailand, Malaysia und Singapur nennt. Odom und Dujarric haben 41 Länder gezählt, die zum American Empire gehörten, s. William E. Odom/Robert Dujarric: *America's Inadvertent Empire*, New Haven 2004.

²⁵ Peter Bender: *Imperium als Mission...*, a.a.O., S. 854f.

die USA nach 1989/91 bzw. 9/11 gleichsam binnen weniger Monate »eine informelle Quasi-Hegemonie«²⁶ errichteten. Handliche Anhaltspunkte für die geopolitische Figur eines American Empire geben schließlich die militärischen Netzwerke: die USA besaßen 2003/04 formelle Militärabkommen mit fast 50 Staaten, darunter die meisten Staaten Lateinamerikas und Europas, Kanada, Südkorea, Japan, Thailand, die Philippinen, Australien, Liberia und einige kleinere Staaten in der pazifischen Region; andere Länder, die mit einer »Sicherheitsgarantie« der USA rechnen könnten, sind u.a. Bahrain, Ägypten, Israel, Jordanien und Neuseeland, weiterhin Kuwait, Qatar oder Taiwan sowie Pakistan und Saudi-Arabien. Das Einflussfeld ist noch weiter gespannt – nach 9/11 sicherten 136 Staaten den USA militärische Unterstützung zu, rund 90 waren in gemeinsame Aktivitäten im »Krieg gegen den Terror« engagiert, 27 waren am Krieg in Afghanistan beteiligt. Im Falle des Irak-Krieges gaben 16 militärische Hilfe.²⁷

Dieser Politik und ihrem Handlungsraum waren aber auch veritable Grenzen gezogen: »The Truman administration could not prevent revolution in China; John Foster Dulles could not wean the so-called Third World from neutralism; Kennedy could not overthrow the Cuban revolution; Lyndon Johnson could not defeat the Viet Cong; Pax Americana had far-flung, but real, frontiers.«²⁸ Doch sukzessiv und mit langem Atem dämmten die Vereinigten Staaten Rivalitäten ein und beseitigen sie schließlich: zunächst in der Dritten Welt, dann in Osteuropa, endlich im »Herzland des Feindes« selbst (Cox). Es ging darum, global die »preponderant power« (Paul Nitze) zu werden.²⁹

Als das staatssozialistische Bündnis zusammenbrach, war dieses Ziel endgültig erreicht und der lange Aufstieg der USA zur dominanten Macht des 20. Jahrhunderts war abgeschlossen, ohne dass ihre Macht desintegrierte oder imperial überdehnte. Zugleich endete die lange Ära der äußeren Expansion des Kapitalismus, die mit der Welle der Kolonialisierungen Ende des vorletzten Jahrhunderts eingesetzt hatte. Der Kapitalismus wandelte sich in

²⁶ Victor Mauer: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 3-4/2004.

²⁷ Bruno Tertrais: The Changing Nature of Military Alliances, in: *The Washington Quarterly*, 2/2004, S. 135-150. Chalmers Johnson hat diesen Aspekt des militärischen Imperiums detailliert behandelt.

²⁸ Maier, *Among Empires...*, a.a.O., S. 149.

²⁹ Zitiert nach Melvyn P. Leffler: *A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, S. 19.

Globalkapitalismus. Was jedoch nicht endete, war die US-amerikanische Politik der Expansion und die ihr zugrunde liegende globale Ambition der Ausweitung ihres »imperial space« (Maier). Seit 1990 setzen die USA ihre Geopolitik der Expansion ihres »empire of civil society« (Rosenberg)³⁰ kontinuierlich fort: Export rechtlicher Regularien bis hin zur kooperativen Implementierung einer neoliberalen Verfassungs- und Rechtskultur vor allem in den postsowjetischen Transformationsstaaten mit dem zentralen Ziel der dauerhaften Konstruktion privater Eigentumsverhältnisse; Ausfaltung ihres seit den 1970er Jahren entstehenden, informationstechnisch breit gestützten *Empire of Consumption* (Maier); Befestigung und Ausbau der US-kontrollierten finanzmarktkapitalistischen Institutionen; rapide Ausdehnung ihrer militärstrategischen Präsenz in Bereichen, in denen sie bislang noch nie Fuß fassen konnten – Balkan, Osteuropa, Zentralasien, Mittlerer Osten, wobei sie mehrere größere Kriege im Balkan und im Persischen Golf führten und in mehr militärische Konflikte verwickelt waren als in der Zeit des Kalten Krieges; sie versuchten, endgültig die strategische Kontrolle über den zentralen Rohstoff Erdöl zu erreichen, auf den potenzielle Hegemonialkonkurrenten zunehmend angewiesen sein werden; und sie praktizierten eine Politik der erzwingenden Diplomatie bzw. der ökonomischen Sanktion und beanspruchten ein Recht auf präventive Intervention im globalen Maßstab.³¹ Internationale und multilaterale Institutionen, die sie geschaffen hatten, wurden nun mit einer Politik der Abwertung und Schwächung durch die USA konfrontiert. »America's twentieth century«, resümiert der liberale Historiker Charles Maier, »brought a continuing process of acquisition.«³²

Der Grundansatz der amerikanischen *grand strategy* änderte sich also nach 1989/90 nicht, weil er über die Zeit der Systemkonfrontation mit der UdSSR und ihren Bündnisstaaten hinausging. Am Ende des Jahrhunderts war das Ziel erreicht: die Etablierung der USA nicht nur als einzige große und alle Konkurrenten überragende Macht, sondern auch als einziger wirklich global handlungsfähiger Akteur. Die neue Globalität des Kapitalismus realisierte sich als hegemoniale Globalisierung mit US-amerikanischer Handschrift. Neil Smith sieht hier »the architecture of an extraordinary geo-economic

³⁰ Justin Rosenberg: *The Empire of Civil Society*, London 1994.

³¹ In den 1990er Jahren bedrohten die USA 35 Länder mit ökonomischen Sanktionen oder setzten sie durch – diese Länder repräsentierten 40% der Weltbevölkerung. S. Charles Williams Maynes: *Two Blasts Against Unilateralism*, in: Glyn Prins (Hrsg.): *Understanding Unilateralism in American Foreign Relations*, London 2000, S. 46.

³² Maier, *Among Empires...*, a.a.O., S. 157.

world empire centered on the United States.«³³ Das praktische Funktionieren eines solchen informellen globalen »American Empire« kann nur »durch« und vermittelt real existierender nichtamerikanischer Nationalstaaten und Ökonomien realisiert werden, die zu »penetrated systems« (James N. Rosenau) werden. Die auswärtigen Beziehungen der USA ähnelten den inneren Beziehungen eines Imperiums, was natürlich nicht bedeutet, dass die intermediären Akteure in diesem Feld der Macht so einfach überspielt werden konnten: verbündete, oftmals über Jahrzehnte hinweg aufgebaute Eliten oder Regierungen konnten nicht einfach entmachtet werden, wenn sie sich dieser oder jener Politik widersetzen. Nur in krassen Ausnahmefällen werden Territorien okkupiert oder Statthalterregime unmittelbar eingesetzt. Der Fall Irak steht dafür – und er steht in dieser Größenordnung zweifelsfrei für eine Ausnahmepraxis der amerikanischen Politik nach 1945. Auf jeden Fall waren die Vereinigten Staaten seit 1989/91 unbestritten und eindeutig die einzige Großmacht im internationalen System – ob sie allerdings aufgrund dieser unipolaren Position alle anderen Staaten oder auch nur Elemente dieses globalen Systems dominieren, hegemonial führen oder imperial beherrschen, ist eine ganz andere Frage.

4. Optionen und Richtungen

Zweifellos bedeutete der Zusammenbruch des Staatssozialismus einen tiefgreifenden Bruch. Und er setzte die Frage nach dem »Empire« wieder und neu auf die politische und wissenschaftliche Tagesordnung, denn parallel zur weltweiten ökonomischen Transformation der staatssozialistischen Wirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie (»Globalisierung«) rückte die Frage nach der Neugestaltung des internationalen Systems und damit der Politik in den Vordergrund. Es entstand eine Situation, die sich der Begriffswelt des Kalten Krieges (»Hegemonie«) nicht mehr fügte. Eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die Frage nach einem planetaren Arrangement der politischen Gestalt dieser Ordnung auf. Globalisierung meint ja nicht einfach bloß Austausch von Materialien, Waren oder Arbeit(skraft) oder Interaktion und Akteursvernetzung, sondern Globalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, des Kapitalverhältnisses (zwischen Eigentümern und Nicht-Eigentümern an Produktionsmitteln)

³³ Smith, *Endgame...*, a.a.O., S. 147.

und der Konkurrenz also, die diese Tauschprozesse und Interaktionen zu vermitteln vermag und hierzu eine global wirksame rechtliche und politische Form benötigt, in der sich zugleich staatliche und private Herrschaftsverhältnisse und eine entsprechende Positionierung ihrer Repräsentanten im globalen Machtraum der Politik ausdrücken. Seit den frühen 1990er Jahren stand somit zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des Globalkapitalismus ein neues planetares politisches Subjekt (z.B. eine »transnationale Bourgeoisie«) und eine neuartige globale politische Ordnung (»Empire«) etablieren können,
- ob es zur Neubildung eines »anarchisch-konkurrenzförmigen«, wenngleich durchaus hierarchisch geordneten und mehr oder weniger koordinierten Systems kommen werde, in dem ein Akteur (etwa China) oder eine Allianz (der transatlantische oder gar planetare »Norden« oder eine neue »asiatische Allianz«) eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen würde –
- oder ob schließlich ein einzelner traditioneller Akteur aufgrund seiner hegemonialen Position (»Hypermacht«) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle (»American Empire«) zu übernehmen vermag und die USA imstande wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global – zu initiieren (»neuimperial«) und aufgrund der unipolaren Position, in die sie versetzt worden waren, durch eine primär unilaterale Politik ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen.

Diese vierte Konstellation des Andauerns der Auseinandersetzung um diese Optionen prägt die gegenwärtige Weltordnung.³⁴

Der Außenpolitik der USA liegt, wie gezeigt, nicht das Konzept der Gegenhegemonie, sondern in erster Linie der Grundgedanke der informellen, dabei durchaus offensiven geoökonomischen wie geopolitischen Expansion und aktiven Machtsteigerung zugrunde. Dieser Grundgedanke war spätestens seit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg durch das doppelte politische Ziel charakterisiert,

³⁴ S. dazu etwa Jan Nederveen Pieterse: *Globalization or Empire?* New York/London 2004; William I. Robinson: *A Theory of Global Capitalism*, Baltimore 2004; Michael Cox: *Still the American Empire*, in: *Political Studies Review*, 1/2007, S. 1-10 oder Bernard Porter: *Empire and Superempire*, New Haven/London 2006.

■ »to make world safe for capitalism« – sodass die USA als »power of last resort for keeping the world, and particularly the world economy, from spinning out of control«³⁵ fungieren konnten und

■ »to ensure American primacy within world capitalism.«³⁶

Nachdem mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die erste Aufgabe auf absehbare Zeit hin gelöst und damit auch ihr Tauschwert im Machtpoker der Staaten rapide entwertet wurde (und es war die wichtigste Münze im Kalten Krieg und bei der Durchsetzung der zweiten Aufgabenstellung), rückte die zweite Zielsetzung in den Vordergrund. Im Kern müssen hierzu zwei Aufgaben gelöst werden: es geht um die *besondere* Dominanz in der jeweiligen Konkurrenzbeziehung zwischen den zentralen kapitalistischen Staaten (dem »Kern«) ebenso wie um die *allgemeine* Dominanz der USA im internationalen System. In der unipolar gewordenen Situation nach 1989 geht es für die USA nicht mehr nur um »Abschreckung« eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, durch Blockade, Inklusion oder präventive Intervention bereits im Ansatz die *Entstehung* einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern. Dies ist die erste qualitativ neue Problemstellung, auf welche das seit den 1970er Jahren sich formierende neuimperiale Projekt des *neoliberal empire* zu reagieren versuchte und die mit einer Politik der Präemption beantwortet wurde. Wo es keine real existierenden konkurrierende Hegemonen mehr gibt, geht es darum, durch den Aufbau von interventionsfähigen geopolitischen Konstellationen und militärischen Ressourcen bereits eine mögliche Entstehung solcher mit den USA konkurrierenden Hegemonen zu verhindern. »*Enter-tainment*« nannte Peter Gowan diese Verbindung von Eindämmung und Eingriff. Weiter muss in Zonen, in denen der neue global werdende Kapitalismus noch »unsicher« und unstabil ist und die kapitalistische Ordnung wie die Hegemonie der USA zwar nicht gefährdet, aber doch gestört und irritiert werden können, Sicherheit exportiert werden. Und wo Terrorismus zu einem globalen Phänomen wird, das auf neue Weise unmittelbar die USA als kapitalistische Primärmacht bedroht, ist ein neuer wesentlicher Grund für eine globale Projektion militärischer Macht entstanden. Dies alles summiert sich zu dem, was Colin S. Gray eine »grand strategy of preventive action«³⁷ genannt hat.

³⁵ Bruce Cumings: *Is America an Imperial Power*, in: *Current History*, Nov. 2003.

³⁶ Perry Anderson: *Force and Consent*, in: *New Left Review*, 17, Sept/Oct 2002, S. 5ff.

³⁷ Colin S. Gray: *The Sheriff. America's Defense of the New World Order*, Lexington 2004, S. 25.

Sicherung des amerikanischen Primats bedeutet aber zum anderen noch weit darüber hinausgehend, das spezielle Tauschgut der USA im globalen Big Deal – die »Sicherung der Welt für den Kapitalismus« – so zu gestalten, dass sie zugleich dieses Primat befördert, indem sie das internationale politische und ökonomische System offenhält (open door, free trade, access) und Schließungen, Merkantilismus oder Autarkiepolitiken verhindert. Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von Weltordnung. Dies ist die zweite qualitativ neue Problemstellung, auf welche nun das neuimperiale Projekt in der Zeit des neoliberalen Kapitalismus zu reagieren versucht. *Und dies allerdings ist zumindest in mittlerer Sicht das alleinige amerikanische Projekt der Gegenwart.* Dass die Welt interventionsoffen gehalten bzw. gemacht und damit durch eine unipolar positionierte und vor allem unilateral handlungsfähige und -bereite USA transformationsfähig gehalten werden könne und müsse, ist nach 1989 der herrschende Konsens unter den US-Eliten gewesen. Sie sahen als das substantielle Signum der neuen postsowjetischen Gegenwart die qualitativ neue globale Disparität der Macht. Tony Judt beschrieb sie in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit: »Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich/nichtwestlich. Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.«³⁸ Es gibt aber nicht nur eine neue Qualität des Unterschieds zwischen den USA und dem »Rest der Welt« – dieser Unterschied könne und müsse auch auf Dauer gesetzt werden. Um die Position des Unterschieds und Abstandes zu allen anderen Mächten der Erde zu sichern, ist nach 1989 eine neue, große, global ansetzende Doktrin entwickelt, unter der zweiten Regierung Bush dann auch im innenpolitisch legitimierenden Windschatten des »Kampfes gegen den Terror« schrittweise und hörbar expliziert, legitimiert und schließlich in der Form der Sicherheitsdirektive im Herbst 2002 offiziell geworden. Der Gedanke ist, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte auf Dauer gestellt werden kann. Imaginiert wird ein Empire, das dauert. Die strategische Idee der 2002 publizierten Nationalen Sicherheitsdirektive (NSS) operierte dementsprechend im großen historischen Bezug: sie konstatiert den Ausgangspunkt einer neuartigen qualitativen Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt (»american empire«), formuliert

³⁸ Tony Judt: *Review Its Own Worst Enemy*, in: *The New York Review of Books* v. 15.8.2002.

ein außerordentliches Ziel, diese global auf Dauer zu stellen («pax americana»), und hebt auch mit neuem Gewicht die Methodik einer aktivistischen Politik hierzu hervor («military superiority beyond challenge», «war against terror», «prevention», «global democratic revolution» [Bush]), die sie mit der neuen geopolitischen Großerzählung des Krieges gegen den Terrorismus legitimiert.

Imperialität ist, was die politischen Eliten und Strömungen der USA angeht, eine unstrittige, richtungsübergreifende Zielsetzung. Der oft hervorgehobene Dissens über die Kosten des Uni- oder Multilateralismus zwischen den auf unilaterale oder multilaterale Handlungsstrategien orientierten Gruppen verdeckt, dass es hier zwar um grundsätzliche taktische wie strategische Differenzen ging, alle Beteiligten aber die Selbstbeschreibung der USA als prägnant imperialer Macht teilten.³⁹ Unipolarismus war ein weit hin geteiltes ideologisch-politisches Credo des Weltverständnisses von Realisten, Demokraten, Republikanern und Neokonservativen gleichermaßen geworden.

Die neue Dynamik, Trägerschaft und Legitimation des Projekts und vor allem ihr interventionistischer Unilateralismus aber sind dem Dominanzwechsel im politischen Richtungsgefüge geschuldet, für den der Reaganismus der 1980er Jahre und dann vor allem der Bushismus des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts stehen. Historisch war das Projekt des informellen American Empire das Projekt des hegemonialen Liberalimperialismus. Als »liberaler Hegemon« operierte das informelle Empire USA dabei durch ein Set multilateraler Institutionen, das insbesondere seine militärische Dominanz vermittelte, legitimierte und zugleich verhüllte und damit seinem Primat eine Legitimation verschaffte: auch hierin zeigte sich die indirekte und informelle Natur des American Empire.⁴⁰ Erst mit der in den 1960er

³⁹ Ein Beispiel ist der Aufruf des damaligen Direktors für politische Planung Colin Powell und späteren Präsidenten des Council on Foreign Relations Richard Haass an die Amerikaner im Jahr 2000, »ihre globale Rolle neu zu beschreiben als imperiale Macht und nicht mehr als traditionellen Nationalstaat.« Zit. nach Andrew J. Bacevich: *American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*, Cambridge 2002, S. 219. S. auch Karl K. Schonberg: *Paradigm Regained. The New Consensus in US Foreign Policy*, in: *Security Dialogue*, 4/2001.

⁴⁰ John Gerald Ruggie: *Multilateralism: The Anatomy of an Institution*, in: ders. (Hrsg.), *Multilateralism Matters: The Theory and Practice of an Institutional Form*, New York 1993, S. 11, charakterisiert Multilateralismus als »an institutional form that coordinates relations among three or more states on the basis of generalized principles of conduct.«

Jahren entstehenden und in den 1980er Jahren dann regierenden Strömungen einer neuen Rechten entstand zugleich erstmals eine mächtige rechte Richtung, die gleichsam das Moment der starken Politik in der Zeit des Neoliberalismus repräsentierte. Während auf der einen Seite in den 1970er Jahren den Durchbruch des neoliberalen Marktfundamentalismus seiner antipolitischen Apologie des radikal freien Marktes und der ökonomischen Deregulierung, also der konsequenten Liberalisierung der Welt- und Finanz- und Kapitalmärkte brachte,⁴¹ bildete sich zugleich eine neue, der starken militaristischen Politik mit einer eigenen ideologischen Agenda die gegen die politisch herrschende, hegemoniale Richtung des Liberalimperialismus antrat, der mit Vietnam und Iran sein erstes Waterloo erlebte. Für die Repräsentanten dieser Linie galt der Satz von Karl Polanyi: »Arbeit hatte Vorrang vor Profit. Wie sehr die beiden Bereiche einander durchdringen mochten, letztlich war es der Krieg, der dem Geschäft das Gesetz zwang.«⁴² Die Generation der Hohen Priester des marktradikalen Neoliberalismus in WTO, IMF und Weltbank ist dieselbe Generation wie die politischen Krieger des Kriegskabinetts Bush. Die politische Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts könnte geschrieben werden als Geschichte des Aufstiegs der rechtsimperialen Richtung und ihres Kampfes gegen die liberalimperialistische Richtung, wobei beide Richtungen zugleich immer mehr der veränderten Grundkonstellation des sich neoliberal transformierenden Kapitalismus durchdrungen wurden. Dass sich diese Auseinandersetzung zugleich als wechselseitige Funktionalität, Nützlichkeit und Voraussetzung vollzog, ist evident.

Die heterogene Konfiguration der neuimperialen politischen Rechten in den USA um die Jahrhundertwende war eine auf den ersten Blick geradezu beispiellose politische Innovation, in der sich zusammenband, was bis dahin in gar keiner Weise zusammenzugehen schien. Die Bildung eines gemeinsamen Machtkörpers aus neokonservativen Warriors und reaganistischen Militärs, nationalistischen und theokratischen, fundamentalistischen Christen, marktradikalen Neoliberalen, der altrepublikanischen und oft säkularen

⁴¹ Es waren der Dixie Capitalism des Südens, das Wall Street-Dollar-Regime Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des Cold War die Ideologen aus der Mont-Pèlerin-Society oder der Chicago School und ihrer Vorfahren mit ihrer marktenthusiastischen Zielkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 1980er und 1990er als ein neues politisches Projekt konfigurierten.

⁴² Karl Polanyi: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M 1978, S. 31.

prolife und *profamily* ausgerichteten Mainstreamrechten und den militant antietatistischen »*small-government*«-Konservativen aus *anti-tax*-Kreuzzüglern, den Waffenthusiasten um die National Rifle Association und Eigentumspropagandisten (die Front gegen das Staatseigentum etwa an Landmachten oder wie das libertäre *Constitution in Exile movement* versuchten, durch eine Neuinterpretation der Verfassung den »sozialistischen« Wohlfahrtsstaat abzuschaffen),⁴³ endlich am Rande weithin einflusslos oszillierend die militant rassistische und nazistische Rechte vom Ku Klux Klan bis hin zu terroristischen Gruppen vom Zuschnitt des Oklahoma City Bombers Timothy McVeigh – diese lockere Verbindung von sieben Gruppen und Richtungen war also kein klassisches Bündnis zwischen konservativen Strömungen, sondern eine Kopplung von Richtungen ganz ungewöhnlicher Diversität. Die »republikanische Revolution« (1994) und der »Krieg gegen den Terror« (2002) banden sie ideologisch-kulturell und politisch zusammen. Erst mit der Niederlage der Republikaner bei den Zwischenwahlen 2006 sind die Kraft und Dynamik der rechtsimperialen Richtung stark geschwächt worden und es bildet sich ein neues Bündnis an der Macht heraus, dessen Profil und innere Kräfteverteilung noch unklar ist, in dem aber die mittlerweile relativ heterogene, insgesamt aber stark nach rechts gewendete »realistische« liberalimperiale Richtung dominieren wird.⁴⁴

5. Was ist ein Empire?

Die Wandlung mancher kapitalistischer Gesellschaften in imperialistische Ordnungen hat immer wieder auch imperiale Projekte hervorgebracht. Doch ebenso wie es viele kapitalistische Staaten gab, die kaum imperialistisch genannt werden konnten oder solche Qualitäten nur schwach ausgebildet hatten, gilt dies für den Zusammenhang von »Imperialismus« und »Imperialität«. Und nicht nur dass imperiale Projekte und Ordnungen sehr diffe-

⁴³ S. Jeffrey Rosen: *The Unregulated Offensive*, in: *The New York Times* v. 17.4.2005.

⁴⁴ S. Rainer Rilling: *Option für eine weniger scharfe Politik. Zu den US-Zwischenwahlen 2006*, in: *Sozialismus*, 12/2006, S. 49-54; Mike Davis: *The Democrats After November*, in: *New Left Review*, 53 (2007), S. 5-31. Die Rechtswendung gilt nicht für ihr kulturelles Profil, weshalb sie für die stark politischen Milliardäre von Silicon Valley und Hollywood unvergleichlich attraktiver sind. Diese Fraktion ist aber global weiter aufsteigend, s. *Forbes* v. 26.3.2007 »*The World's Richest People*«.

renziert sind und ihren Charakter im Verlauf der Geschichte oft variierten. Es ist auch durchaus fraglich, sie einfach als Reflex der »Erfindung« und des »Aufstiegs« veränderter kapitalistischer Betriebs- und Regulationsweisen zu sehen und Imperialität daher nur dort zu vermuten, wo solche entstehen. Der Fordismus etwa brachte keine eigene Form der Imperialität hervor, sondern fand die liberalimperialistische wie die rechtsimperiale (dann faschistische) Richtungsoption gleichsam als passende historische Bewegungsform vor. Imperiale Projekte reflektieren nicht in erster Linie alternative *varieties of capitalism*, sondern grundlegende, untereinander konkurrierende *politische* Richtungen, die sich in Optionen für unterschiedliche *Entwicklungspfade* kristallisieren. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperiale Projekte, die sich nun seit Jahrzehnten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten, wobei die Auseinandersetzung sich auf jenes Land fokussiert, das als Einziges gegenwärtig ein »realistisches« imperiales Projekt verfolgt. Zu den notwendigen Merkmalen eines solchen Projekts gehören die folgenden Aspekte:

- Imperien müssen eine territoriale Basis haben, die sich (im Unterschied etwa zu den einstigen Handelsimperien Holland oder Spanien) durch *Größe* auszeichnet. Für »kleine« politische Subjekte ist kein ausreichender Zugriff auf Ressourcen gegeben;
- Die Bewegung des Raumes, nicht nur als Ausprägung einer Zentrum-Peripherie-Beziehung, sondern als *Expansion* ist ein substantielles Merkmal von Imperialität. Expansivität im einfachen Sinne von Ausweitung und zugleich Vertiefung gehört zum Wesen des imperialen Projekts. Sie ist die Wurzel ihrer Prekarität und Spannung. Schrumpfende Imperien verlieren recht rasch und auf jeden Fall ihren Namen.
- Es hängt vor allem vom Charakter der Arena ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Imperien haben hiernach im Unterschied zu anderen Akteuren immer einen Bezug zu »Welt«. Es geht um *Weltordnung*: »Empires are in the business of producing world order.«⁴⁵ »Welt« selbst nun ist natürlich ein historisches Konstrukt und fällt erst seit dem letzten Jahrhundert mit der Realdimension des »Planeten« zusammen. Zur Bestimmung des Imperialen gehört also nicht nur eine *economics of scale* der Ressourcenmobilisierung, sondern auch die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also ein Transformationsanspruch, der auf

⁴⁵ Charles Maier: *An American Empire?*, in: *Harvard-Magazine*, 2/2002.

eine neue Geographie des Globalen zielt. Daher also die besondere Gegenwartsqualität des American Empire: »this is the first truly world-wide empire.«⁴⁶ Da Imperien seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durch eine globale Reichweite (»reach«) und daher durch die Fähigkeit zur globalen Projektion von Macht ausgezeichnet sind, wird »grenzenlose« (Hannah Arendt) Expansion von Macht und Eigentum, also Geopolitik das zwingende Thema aller imperialen Projekte. Imperien besitzen die Fähigkeit zur »Verdichtung« und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des »Overstretch« – der »Überdehnung der Macht« ist daher ein genuin imperiales Problem und die Fähigkeit und Ambition, Weltordnung zu bilden, die Potenz, welche Imperien von anderen Ordnungen unterscheidet. Gegenwärtig aber sind es die USA allein, die in diesem Sinne ein imperiales, also auf Weltordnung zielendes Projekt verfolgen.

- Imperien kombinieren die Einheit des Imperialen mit innerer Vielfalt (als Opposition der Vielfalt der Peripherie (Kolonien, Protektorate, koloniale Mandate, Departments, föderale Gemeinwesen usw.) gegenüber der Homogenität des oftmals bürokratischen Zentrums oder als inneres Beziehungsgefüge eines multiethnischen oder multinationalen Staatsvolks).⁴⁷ Die Zentren oder der Kern der Imperien sind also äußerst komplexe und extensiv gebaute Regierungs- und Machteinrichtungen; ihre Fähigkeit, eben auch krass heterogene Elemente zu integrieren, zeichnen sie aus. Sie können *Diversity Management*. Dabei verläuft die imperiale Struktur nicht zwischen Staaten, sondern zwischen den Zentralakteuren imperialer Macht, intermediären Akteuren und ihren Gefolgschaften. Solche intermediären Akteure sind dabei kaum noch als Kompradoren, externalisierte Teile einer imperialen Bürokratie oder inthronisierte Machthaber zu den-

⁴⁶ Pierre Hassner: The United States: the empire of force or the force of empire? Chaillot Papers, Nr. 54, Paris September 2002.

⁴⁷ Vgl. etwa die Bestimmungen des Empire durch Jack Donnelly: Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society, in: European Journal of International Relations, 2/2006: »...an extensive polity incorporating diverse, previously independent units, ruled by a dominant central polity«; von Dominic Lieven: »rule without consent over many, culturally alien peoples is part of empire's definition« (Dominic Lieven: Empire's Place in International Relations, Konferenzpapier Genf 2003, S. 2) oder von John Agnew: Hegemony: The New Shape of Global Power, Philadelphia 2005, S. 21, der schreibt: »It is the unification of multiple peoples under a single ruler that is the main distinguishing feature of empires.«

ken – solchen Figuren fehlt vertrauensschaffende Autonomie. Gefragt sind vielmehr Broker und Mediatoren, welche die Klänge imperialer Macht verborgen halten.

- Der analytische Ausgangspunkt einer verallgemeinernden Sicht auf das Problem des Imperiums ist eine doppelte Unterscheidung zwischen »Zentrum« und »Peripherie«, »Kern« und »Rand«, »Mitte« und »Extreme«, »Metropole« und »Land« – aber auch zwischen »Empire« und »Nicht-Empire«, zwischen »Innen« und »Außen« u.ä. Gedacht wird ein Imperium zunächst als etwas, das sich durch eine spezifische *Struktur-eigenschaft* auszeichnet; es geht um die Struktur einer Ordnung und sie wird verstanden als Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie, also als eine Beziehung zwischen ungleichen Positionen, Ressourcen, Möglichkeiten etc. Imperien zeichnen sich daher gegenüber ihrer »inneren« wie ihrer »äußeren« Peripherie (Umwelt) durch starke Vorteile an Verfügung über Ressourcen (Kapital/Reichtum, Recht, Kultur, Gewalt) und daraus kommender Fähigkeit zur Aneignung (Einfluss) aus, der ihre Souveränität sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein Verlassen des imperialen Raums (exit) verhindert. *Ungleichheit durch Aneignung* ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung (z.B. durch Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.). Mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs (z.B. Krieg) erstellen und sichern Imperien die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (im Kern: den asymmetrischen Prozess der Kapitalakkumulation – aktuell mit dem Gewicht auf Akkumulation durch Enteignung) und finanzieren sich übrigens auch darüber (»Tribut«). Zu dieser Frage nach der Qualität der Beziehung gehört auch eine Aussage darüber, auf welche Felder, Gebiete oder Bereiche der Politik sie sich erstreckt. Damit zusammen hängt die Frage, welche Eindringtiefe imperiale Politik hat (Intrusion), ein Problem, das im letzten Jahrhundert mit dem Konzept des Totalitären verbunden wurde. Oft findet sich die Unterscheidung zwischen imperial (Intervention in eine andere politische Einheit ohne sie tatsächlich strategisch oder operativ zu regieren), hegemonial (Setzen der Regeln) und kolonial (wirkliches Regieren der inneren Angelegenheiten eines untergeordneten politischen Gemeinwesens).⁴⁸ Die heutige imperiale Peripherie allerdings unterscheidet sich von jener des klassischen Imperialismus: Imperiale Formationen produzieren,

⁴⁸ S. Frederick Cooper: Modernizing Colonialism and the Limits of Empire, in: Items & Issues, 4/2005, S. 2.

arrangieren und managen im Raum disparate Zonen abgestufter Souveränität und unbestimmter Rechte der Menschen, die sich fluid verdichten, wieder auflösen und neu bilden und deren elastisches Wirkungsfeld keineswegs in staatliche Grenzziehungen eingespannt ist. Ihre Plastizität wird gesichert durch die kontinuierliche Praxis der Ausnahme. Bei dieser dunklen Seite des amerikanischen Exzeptionalismus geht es nicht nur um den rhetorischen und diskursiven Apparat der Imperialität – es geht um die aktive Produktion wirklicher Ausnahmen und Ausschlüsse.⁴⁹

- Das schließt nicht jene Situationen direkter imperialer Unterwerfung durch die USA aus, wie sie im Irak, Afghanistan, Bosnien, Kosovo und in einigen anderen Ländern praktiziert werden und die scharfe Ausnahmeseite eines neuimperialen Projekts präsentieren, die zeigt, was möglich ist: Herrschaft durch direkte, nachhaltige, grausame Gewalt, die kontrollbildend ist und deshalb eine attraktive politische Option darstellt. Formell aber macht sie vor jener annektierenden, kolonialistischen Praxis halt, welche die Bürger zu eigenen Untertanen macht und das Land auch formell annektiert, und ihre militärischen Basen und politischen Institutionen der Macht sind auf keiner eigenen, exklusiven Territorialsouveränität begründet. Dies ist eine gewichtige Differenz, denn sie zeigt, dass es nicht um die Aneignung eines Territoriums, sondern um die autoritative politische Ordnung des Raumes geht – also um eine politische Praxis, die auf das zielt, was einst Carl Schmitt die »Großraumordnung« genannt hatte und in deren Mittelpunkt für ihn die »Raumhoheit« steht, welche die einst völkerrechtlich unstrittig fixierte »Gebietshoheit« abgelöst hat.
- Ein Empire ist imstande, nicht nur die Außenpolitik, sondern auch Bereiche der inneren Beziehungen anderer Staaten oder politischer Subjekte zu kontrollieren, eine hierarchisierte zwischenstaatliche Ordnung zu schaffen bzw. zu kontrollieren und auch nichtstaatliche Grenzen zu konstruieren und zu managen. Es kann dazu im politischen Raum sehr unterschiedliche Machtressourcen mobilisieren und direkte/formelle als auch indirekte/informelle (»Penetration«) Mittel in der Regel »cäsaristisch« (undemokratisch) und mit einem signifikanten Einsatz von Zwang einsetzen. Im Übrigen setzen Imperien immer deutliche moralpolitische (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit als lang-

⁴⁹ Vgl. Ann Laura Stoler/David Bond: Refractions Off Empire: Untimely Comparisons in Harsh Times, in: Radical History Review, 95 (2005), S. 93-107 sowie dies., On Degrees of Imperial Sovereignty, in: Public Culture, 1/2006, S. 117-139.

fristige Projekte manichäische Unterscheidungen: sie sind »gute« (»benign«) Unternehmungen und legen deshalb deutlich fest, wo Grenzen zu ziehen sind: gegenüber dem »Außen« oder dem »Bösen«, dessen Entstehung oder Entwicklung (z.B. zum Hegemonialkonkurrenten) es ggf. auch durch massive Intervention zu verhindern gelte. Dabei machen sie auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eine Kultur der eigenen Superiorität, der Aberkennungspolitiken und der Respektversagung stark, bieten aber zugleich als eigene Leistung das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren politisch-militärische Sicherung, zu stabilen Zukunftsperspektiven, endlich auch zu einer bestimmten zivilisatorischen Moral und einer zumeist differenzierten Kultur.

Imperiale und imperialistische Ordnungen dauerten einst Jahrhunderte. Sie sind eine grundlegende Institution der politischen Moderne wie des postmodernen Kapitalismus. Zwar scheinen die USA gegenwärtig zu schwach, um eine Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um konzedieren zu müssen, dass andere große Staaten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kollegialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. Aber die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird,⁵⁰ ein Amerika des *Americanism* und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden. Wie lange diese labile Situation andauert, zu der ein ständiges Schwanken in die eine oder andere Herrschaftsstruktur gehört, ist sicher offen, doch eine rasche Eindeutigkeit wäre eine Überraschung. Der Begriff des Empire ist daher keineswegs überholt – doch wer nach dem letzten »amerikanischen Jahrhundert« nunmehr sein Subjekt und Formgeber sein wird, ist nicht entschieden. Der imperiale Jahrhundertweg der Vereinigten Staaten von Amerika ist noch nicht zu Ende. Imperien freilich, gleich welchen Zuschnitts – sie nützen nie den Eingeborenen.

⁵⁰ So im März 2004 Donald Rumsfeld in CNN: »how our country is arranged around the world«, zit. nach Aruif Dirlík: American Studies in the time of Empire, in: Comparative American Studies, 3/2004, S. 288.